

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie

Herrn Abgeordneten Danny Freymark und
Herrn Abgeordneten Prof. Dr. Martin Pätzold (CDU)
über
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

A n t w o r t

auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/11134

vom 25. Februar 2022

über Hohenschönhausener Schulgipfel: Jetzt Transparenz herstellen

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Welche Beschwerden liegen dem Berliner Senat seitens der Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Hohenschönhausener Schulgipfels vom 21. Februar 2022 im Hinblick auf die Durchführung der Veranstaltung vor?

Zu 1.: Das Bezirksamt Lichtenberg hat am 21. Februar 2022 eine digitale Informationsveranstaltung angeboten, um Schulgemeinschaften und die beteiligten Gremien über die Schulplatzsituation in der Region Hohenschönhausen-Süd (Schulplanungsregion 2) zu informieren. Eingeladen waren in erster Linie die Schulleiterinnen und Schulleiter der Grundschulen in der Region, die Vertreterinnen und Vertreter der Schulgemeinschaften, die mitveranstaltenden Mitglieder der AG Schulentwicklungsplanung, die Mitglieder des bezirklichen Ausschusses für Schule und Sport sowie Vertreterinnen und Vertreter des Bezirksschulbeirats und des Bezirksschülerausschusses. In DS/0076/IX ist der Auftrag der Bezirksverordnetenversammlung für die Veranstaltung aufgeführt. Darin heißt es: „Der „Schulgipfel“ soll öffentlich stattfinden. Hierbei muss sichergestellt werden, dass ein Austausch der Betroffenen und der Schulgemeinschaft stattfinden kann.“

Im ersten Teil der Veranstaltung stellte das Bezirksamt die aktuellen Schülerinnen- und Schülerzahlen in der Region dar. Anschließend berichteten Vertreterinnen und Vertreter der Schulgemeinschaften von der aktuellen Situation an ihren Schulen. Nach einem Bericht über geplante Erweiterungen des Schulnetzes bestand die Möglichkeit Fragen zu stellen.

Im Rahmen der Veranstaltung wurde Kritik an der Technik geäußert, da sich die Freischaltung der Audioverbindung für sprechende Personen nicht immer erschloss. Hierdurch kam es zu Verzögerungen im Ablauf. Aufgrund der hohen Zahl der Teilnehmenden wurde seitens des Bezirksamtes kurzfristig entschieden, die öffentliche Chatfunktionalität zu sperren. Diese Entscheidung wurde während der Veranstaltung öffentlich von einer Schulleitung kritisiert.

2. Wie bewertet der Berliner Senat den Sachverhalt, dass den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der öffentlichen Veranstaltung – darunter gewählten Abgeordneten – kein Rederecht eingeräumt wurde und dass darüber hinaus die Chatfunktion nur ausgewählten Personen zur Verfügung stand (gerade mit Bezug auf die Gleichbehandlung)?

Zu 2.: Wie unter Frage 1. erwähnt, richtete sich die Veranstaltung in erster Linie an die bezirklichen Gremienvertreterinnen und Gremienvertreter sowie die Vertreterinnen und Vertreter der betroffenen Schulen. Aus zeitlichen Gründen konnte nicht allen Personen die sich gemeldet hatten das Rederecht erteilt werden. Für die Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU) haben sich das Mitglied des Abgeordnetenhauses (MdA) Prof. Dr. Martin Pätzold und der Vorsitzende der Fraktion der CDU in der Bezirksverordnetenversammlung Lichtenberg von Berlin, Gregor Hoffmann, eingebracht. Für die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) sprach Dirk Liebe, MdA. Die Bezirksverordnete Dr. Anja Ingenbleek (SPD) hat in ihrer Funktion als Vorsitzende des bezirklichen Ausschusses für Schule und Sport und als Vertreterin der AG Schulentwicklungsplanung an der Veranstaltung teilgenommen. Für die Partei „Die Linke“ äußerte sich Claudia Engelmann, MdA.

Prof. Dr. Martin Pätzold wurde gegenüber Danny Freymark, MdA (CDU) der Vorrang eingeräumt, da er sich zuerst meldete und sich sein Wahlkreis überwiegend mit der Schulplanungsregion 2 überschneidet. Aus zeitlichen Gründen und um die Mitgliederinnen und Mitglieder der CDU nicht gegenüber Mitgliedern anderer Parteien zu bevorteilen, wurde nur zwei Mitgliedern der Partei das Rederecht erteilt.

Ein Mitglied des Fördervereins der Obersee-Schule hatte technische Probleme und konnte seinen Standpunkt daher nicht äußern. Die Sichtweise der Elternschaft konnte jedoch durch einen Elternvertreter eingebracht werden.

3. Wie bewertet der Berliner Senat speziell den Umstand, dass beim Hohenschönhausener Schulgipfel am 21. Februar 2022 Politiker der SPD den öffentlichen Chat nutzen konnten, jedoch Politiker der CDU dafür gesperrt waren?

Zu 3.: Hierzu liegen der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie (SenBJF) keine Kenntnisse vor.

4. Wurde seitens des Berliner Senats oder seitens des Bezirksamtes Lichtenberg ein Leitfaden für die Durchführung öffentlicher virtueller Veranstaltungen ausgearbeitet, und wenn ja, welche Beschränkungen sieht dieser hinsichtlich des Rederechts und der Chatfunktion vor (Leitfaden, wenn vorhanden, bitte anhängen)?

Zu 4.: Nein.

5. Wie wirkt der Berliner Senat ansonsten auf die Bezirksämter ein, damit sichergestellt wird, dass Mindeststandards des demokratischen Umgangs auch eingehalten werden?

Zu 5.: Aus Sicht der SenBJF wahren die Bezirksämter die Mindeststandards des demokratischen Umgangs.

Berlin, den 17. März 2022

In Vertretung
Alexander Slotty
Senatsverwaltung für Bildung,
Jugend und Familie